

Landmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



Rundschreiben 3-2010

(Schloßinsel Lyck)



Die Großen Masurischen Seen

Name	Fläche	Länge	Breite	Tiefe
Spirdingsee = Jezioro Śniardwy	113,8 qkm	17,0 km	13,4 km	23,4 m
Löwentinsee = Jezioro Niegocin	26,4 qkm	10,8 km	4,8 km	39,7 m
Mauersee = Jezioro Mamry	25,6 qkm	7,6 km	5,2 km	43,8 m
Roschsee = Jezioro Roś	18,9 qkm	11,4 km	2,2 km	31,8 m
Niedersee = Jezioro Nidzkie	18,2 qkm	23,0 km	3,8 km	23,7 m
Dobensee = Jezioro Dobskie	18,0 qkm	5,7 km	4,8 km	22,5 m
Beldahnsee = Jezioro Beldany	9,4 qkm	12,4 km	2,4 km	46,0 m
Kröstensee = Jezioro Jagodne	9,4 qkm	8,7 km	1,8 km	37,4 m
Muckersee = Jezioro Mokre	8,5 qkm	7,7 km	1,4 km	51,0 m
Lucknainer See = Jezioro Łuknajno	6,8 qkm	3,3 km	2,9 km	3,0 m
Nikolaiker See = Jezioro Mikołajskie	5,0 qkm	5,8 km	1,6 km	25,9 m
Martinshagener See = Jez. Buwelno	3,6 qkm	8,8 km	0,8 km	49,1 m
Talter Gewässer = Jezioro Tałty	2,7 qkm	5,4 km	1,4 km	34,0 m
Türklesee = Jezioro Tyrkło	2,4 qkm	5,2 km	0,6 km	29,2 m
Kissainsee = Jezioro Kisajno	2,1 qkm	1,9 km	1,6 km	5,8 m
Saitensee = Jezioro Bocze	1,8 qkm	3,0 km	1,5 km	17,0 m

Liebe Landsleute und Freunde unserer Landsmannschaft,

bei der Vertriebenen-Stiftung „**Flucht, Vertreibung, Versöhnung**“ gibt es wieder neuen Streit um den Stiftungsrat.

Der Zentralrat der Juden läßt seine Mitgliedschaft aus Protest gegen zwei stellvertretende Mitglieder des Bundes der Vertriebenen und deren „revanchistische Positionen“ ruhen.

Das teilte Generalsekretär Stephan Kramer in einem Brief an Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) mit.

In dem der dpa vorliegenden Schreiben heißt es, die Äußerungen der zwei Vertreter des Bundes der Vertriebenen seien mit dem Versöhnungsauftrag der Stiftung nicht vereinbar. Der Zentralrat lasse deshalb seine Mitgliedschaft im Stiftungsrat «bis auf weiteres» ruhen und behalte sich einen Austritt vor.

Auch die neue NRW-Europaministerin hat sich zu dieser Thematik geäußert. Dazu hat der Landesgruppenvorstand in einer Pressemitteilung erklärt:

Die Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW, verurteilt die unerträglichen Angriffe auf die stellvertretenden BdV-Mitglieder im Rat der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Arnold Tölg und Hartmut Saenger, aus Reihen von SPD und Grünen aufs Entschiedenste. Es ist erschreckend, dass NRW-Europaministerin Angelica Schwall-Düren (SPD) offenbar nicht in der Lage zu sein scheint, ihr monokausal geprägtes und damit schon vom Ansatz her unhistorisches Geschichtsbild zu hinterfragen. Mit ihrer Unwilligkeit oder gar Unfähigkeit, einfache Fakten zur Kenntnis zu nehmen, schadet sie dem Stiftungszweck und disqualifiziert sich für ihre Ämter als Stiftungsratsmitglied und als Ministerin in Nordrhein-Westfalen.

Ehrliche und nachhaltige Versöhnung kann nur auf der Grundlage der gesamten historischen Wahrheit erfolgreich sein. Wer jedoch wie Grünen-Chefin Claudia Roth oder die SPD-Politiker Dietmar Nietan und Karl Lauterbach mit hohlem, in Moskau und Ost-Berlin generiertem Revanchismusvokabular aus der Mottenkiste des Kalten Krieges vorsätzlich

Diffamierungskampagnen lostritt, hat die Schwelle zur geistigen Brandstiftung überschritten.

Hervorzuheben ist das Eintreten von Frau Erika Steinbach für die Herren Saenger und Tölg.

Bis zum Wiedersehen in Oberhausen und mit freundlichen Grüßen

Jürgen Zauner

Termine:

09. 09. 2010	BdV Landestagung der Frauenarbeitsgemeinschaft
12. 09. 2010	BdV Tag der Heimat bundesweit
27. 09. 2010	BdV Studienfahrt Junge Generation nach Ostpreußen
23. 10. 2010	Herbstkulturtagung in Oberhausen
30. 10. 2010	BdV Landeskulturtagung
12. 03. 2011	Frühjahrs-Delegierten-Kultur- und Frauentagung in Oberhausen
27.-29.5.2011	Ostpreußentreffen in Erfurt
10. 07. 2011	Kulturveranstaltung auf Schloß Burg

Spendeneingänge:

Gruppen
Mitglieder/Freunde
Sammlung Schloß Burg 2010,

Harte Kritik an den regierenden Politikern in Österreich wie in Deutschland übt der bekannte Völkerrechtler Alfred M. de Zayas im “Sudetenpost”-Interview. Gleichzeitig ermutigt er die Vertriebenen aber zum Durchhalten.

Sudetenpost: Herr Professor de Zayas, viele Vertriebene sind der Ansicht, daß man im Kampf für Recht und Gerechtigkeit ohnehin nicht mehr viel ausrichten könne. Ist der Pessimismus berechtigt?

Alfred M. de Zayas: Gutta cavat lapidem (Ovidius). Steter Tropfen höhlt den Stein. Die deutschen Vertriebenen dürfen nicht aufgeben. Sie sollen weiterhin auf ihre Rechte bestehen, auch wenn die deutschen und österreichischen Politiker versagen. Es geht um die Menschenwürde und um das allgemeine Prinzip der Gleichheit aller Menschen und der Gleichheit der Opfer. Deutsche Opfer dürfen nicht als Opfer zweiter Klasse behandelt werden. Die Armenier sind lange Zeit ignoriert worden. Sie haben neunzig Jahre um ihre Anerkennung als Opfer gekämpft -und heute wird der Völkermord an den Armeniern anerkannt und die Armenier haben ihre Geschichte, ihre Identität, ihre Ehre zurückerkämpft. Die überlebenden Griechen aus Pontos und Smyrna, die Überlebenden Assyrer und ihre Nachfolger

kämpfen noch gegen das Schweigen ihres Leidens, denn sie waren genauso von den Osmanen ausgerottet als die Armenier. Die deutschen Vertriebenen warten noch auf Anerkennung ihres Status als Opfer. Sie sollen ähnlich wie die Armenier verfahren und auf der Basis der Menschenrechte das verlangen, was ihr Recht ist. Es gibt keinen schlimmeren Pessimismus als Verzicht.

Informationsdefizit ein fundamentales Problem

Sudetenpost: Eine Gruppe von Sudetendeutschen hat sich an den UNO-Menschenrechtsausschuss gewandt, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ihre Beschwerde abgewiesen hatte. Wie stehen deren Chancen ?

Alfred M. de Zayas: Im Prinzip könnten sie gewinnen. Technisch gesehen, müssen die innerstaatlichen Rechtswege erschöpft sein. Darüber hinaus, muß eine "fortdauernde Verletzung" des Paktes über bürgerliche und politische Rechte nach dem Inkrafttreten des Paktes für die Tschechische Republik argumentiert und belegt werden – so die Weigerung der Rehabilitierung bzw. der Restitution nach 1991. Die Vertreibung an sich liegt außerhalb der Kompetenz des Menschenrechtsausschusses *ratione temporis* bzw. weil die Ereignisse 1945 bis 1948 stattfanden, lange bevor der Ausschuss überhaupt existierte. Aber da ist ein anderes, fundamentaleres Problem, und zwar das enorme Informationsdefizit über die Vertreibung der Deutschen. Ich arbeitete zweiundzwanzig Jahre für den Ausschuss und kann feststellen, daß unter den achtzehn Experten keiner richtig Bescheid über die Vertreibung weiß. Darüber hinaus gibt es kaum Sympathie für deutsche Opfer, ganz im allgemeinen, denn die Deutschen sind überall in der Welt gründlich diffamiert worden. Trotzdem können deutsche Fälle vor dem Ausschuss gewinnen. – Siehe zum Beispiel die Entscheidungen in den Fällen *Des Fours Walderode v. Tschechien* (2001), *Petzold v. Tschechien* (2002), *Czernin v. Tschechien* (2005). Leider hat die Tschechische Republik diese Entscheidungen des Ausschusses bisher nicht umgesetzt, was der Ausschuss im Juli 2007 monierte, als der zweite Bericht der Tschechischen Republik in Genf untersucht wurde. In den Schlußbemerkungen des Ausschusses heißt es: "Der Ausschuss verlangt, daß der Staat die Urteile des Ausschusses in die Tat umsetzt, einschließlich jene bezüglich Gesetz 87/91 von 1991, so daß Eigentum zurückgegeben oder für Entschädigung an die Opfer gesorgt wird." (UN Dok. CCPR/C/CZE/CO/2)

Sudetenpost: Was brächte ein Erfolg vor dem UNO-Menschenrechtsausschuss konkret ? Wie wäre die weitere Vorgangsweise ?

Alfred M. de Zayas: Man muß gegen das Informationsdefizit etwas unternehmen. Vielleicht sollten die Sudetendeutschen direkt an die achtzehn Mitglieder des Ausschusses schreiben. Sie könnten ebenfalls an die Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour (aus Kanada), schreiben: *Office of the UN High Commissioner for Human Rights, Palais Wilson, CH-1211 Genf 10*.

Frau Arbour ist eine mutige Frau und hat verschiedene Initiativen ergriffen, etwa durch "Amicus Curiae" Gutachten an verschiedenen Instanzen, sogar an den amerikanischen Obersten Gerichtshof im Fall Guantanamo. Ich möchte auf den früheren UNO-Hochkommissar für Menschenrechte, Dr. Jose Ayala Lasso (aus Ecuador), erinnern, der 1995 die deutschen Vertriebenen als Opfer anerkannte und ein Grußwort an die Vertriebenen in der Paulskirche schickte, in dem er das Recht auf die Heimat anerkannte. 2005 sprach Ayala Lasso persönlich vor 6000 Vertriebenen bei der Veranstaltung "60 Jahre Vertreibung" in Berlin. Dort hat er sich u. a. für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ausgesprochen. Diese Sachen müssen immer wieder in Erinnerung gebracht werden. Die internationalen Normen unterstützen die Ansprüche der Vertriebenen. Aber das Völkerrecht ist keine Mathematik, und die Normen sind leider nicht mit ihrer Umsetzung identisch. Oft genug wird das Völkerrecht mißachtet und Verbrechen bleiben unbestraft. Man muß aber beharren.

Wien und Berlin müssen protestieren

Sudetenpost: Gibt es andere juristische Wege, um den Vertriebenen doch noch zu ihrem Recht zu verhelfen? Wenn ja, wie beurteilen Sie diese?

Alfred M. de Zayas: Der UNO-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung (CERD) hat auch eine Beschwerdeprozedur, die beschritten werden könnte. Auch die Prozedur des Menschenrechtsrates (Nachfolger der Menschenrechtskommission – nicht mit dem Menschenrechtsausschuss zu verwechseln) gemäß Resolution 1503 könnte von Nutzen sein.

Die Prozeduren könnten, so wie im Fall *Des Fours Walderode*, zu einem positiven Ergebnis führen. Und da die Tschechische Republik zur Wertegemeinschaft Europas gehören will, müßte sie die Entscheidungen der UNO-Instanzen respektieren. Wenn sie diese Entscheidungen mißachten, ist es die Aufgabe der Europäischen Union und der Regierungen Österreichs und Deutschlands, zu protestieren. Leider tun sie überhaupt nicht, um Tschechien dazu zu bewegen, die Entscheidungen internationaler Instanzen zu respektieren. Dadurch machen sich die deutschen und österreichischen Regierungen gewissermaßen zu Komplizen bei der Mißachtung des Völkerrechts. Duldung von Menschenrechtsverletzungen bedeutet auch eine Menschenrechtsverletzung an sich.

Politiker haben gründlich versagt

Sudetenpost: Vor der EU-Erweiterung sagte man den Sudetendeutschen, sie sollten diese positiv sehen, weil die EU-Mitgliedschaft Tschechiens bzw. der Slowakei der Vertriebenenpolitik neue Möglichkeiten eröffnen würde. Bislang merkt man allerdings nicht, daß der EU-Beitritt diese Staaten zu irgendwelchen Zugeständnissen gebracht hätte. Liegt es daran, daß sich die Politik zu wenig der Vertriebenenproblematik widmet, oder gibt es tatsächlich keine völkerrechtliche Handhabe etwa gegen den Fortbestand der Benes-Dekrete ?

Alfred M. de Zayas: Die Benes-Dekrete waren und sind rassistisch und totalitär. Deshalb sind sie mit den Kopenhagener Prinzipien und mit dem EU-Vertrag unvereinbar. Aber die deutschen und österreichischen Regierungen haben in ihrer Pflicht zum Rechtsschutz der Opfer versagt. Wenn man die Presseerklärungen der letzten zehn Jahre liest, wissen wir, wie die Politiker gelogen haben – und sie lügen heute weiter. Es gibt keinen Wenzel Jaksch, Herbert Hupka, Hans Edgar Jahn, Herbert Czaja, Erich Mende mehr. Die heutigen Politiker haben in Punkto Vertreibung gründlich versagt.

Sudetenpost: Was sollten die Vertriebenen von der Politik erwarten können ?

Alfred M. de Zayas: Wenn Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschheit verübt worden sind, hat der verantwortliche Staat die Verpflichtung, diese Verbrechen zu ahnden und den Opfern Wiedergutmachung zu leisten. Nach denselben Maßstäben, die in Nürnberg gegen die Nazis angewandt wurden, stellen die Vertreibungen und Verschleppungen der Deutschen Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Teilaspekte der Vertreibung erfüllen die Bedingungen der Artikels II der Völkermordkonvention von 1948 und können daher als Völkermord bezeichnet werden. Bekanntlich verjähren Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht, und der Staat der Nationalität der Opfer – sei es Deutschland oder Österreich – hat eine fortdauernde völkerrechtliche Verpflichtung zum diplomatischen Schutz. Es ist ein Skandal, daß dieser selbstverständliche Anspruch der Vertriebenen auf diplomatischen Schutz weder von Berlin noch von Wien respektiert wird.

München hat Sammelklage abgeblasen

Sudetenpost: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hält sich – gelinde gesagt – sehr zurück, wenn es um die Unterstützung von Rechtsstreitigkeiten (etwa Restitutionsforderungen) geht. Würde es die Chancen von Klägern erhöhen, wenn sich die Landsmannschaften offensiver hinter deren Forderungen stellen ?

Alfred M. de Zayas: Gewiß. Aber die Landsmannschaften haben viele Gelegenheiten verpaßt. Vor zehn Jahren hab ich an einer Sammelklage für die Sudetendeutschen mitgewirkt, und eine große Kanzlei in Amerika hatte den Fall angenommen. Als amerikanischer Jurist bin ich der Auffassung, daß die Sammelklage Erfolg gehabt hätte. Aber sie wurde von der Landsmannschaft in München abgeblasen. Auf der Basis der Menschenrechte sollen die Landsmannschaften immer wieder zum Ausdruck bringen. Dabei müssen die Landsmannschaften auf dem Prinzip der Gleichheit der Opfer bestehen. Wenn es Wiedergutmachungen für die Polen, Tschechen, Juden, Armenier gibt – muß es ebenfalls Wiedergutmachung für die Deutschen geben. Ansonsten haben wir es mit völkerrechtlicher Diskriminierung zu tun.

Sudetenpost: Darf ich sie zum Abschluß um zwei Prognosen bitten: Werden die Benes-Dekrete in zehn Jahren noch Gültigkeit haben ? Und wird die Tschechische Republik Entschädigungen leisten bzw. Eigentum restituieren müssen ?

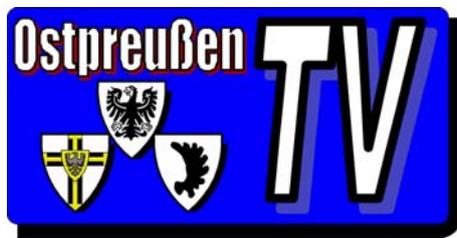
Alfred M. de Zayas: Wenn es in Deutschland und Österreich so weitergeht, werden nicht nur die Benes-Dekrete weiterhin bestehen, sondern Benes wird posthum mit dem Europäischen Karlspreis ausgezeichnet, und Straßen werden in Wien und Berlin nach ihm benannt. Die Tschechische Republik wird keinen Euro bezahlen, wenn dies von Berlin und Wien nicht verlangt wird. Hier haben die deutschen und österreichischen Politiker versagt, denn die Zeit um 1990 hätte sicherlich eine Möglichkeit gegeben, als die Tschechoslowakei Wirtschaftshilfe und Freundschaft im Westen suchte. Die Möglichkeit hat sich wieder 2002 und 2004 ergeben, als über den Eintritt Tschechiens, Polen, und der Slowakei in die EU verhandelt wurde. Hier hätte man ohne weiteres bestimmte Bedingungen stellen können – zumindest die Abschaffung der Benes- und Bierut-Dekrete. Auch die deutschen und österreichischen Eliten versagen – die Universitäten, die Medien. Sie haben alle an der Täter/Opfer Schablone gewirkt. Sie haben das menschenverachtende Prinzip der Kollektivschuld explizit oder implizit praktiziert. Und dabei haben die deutschen und österreichischen Politiker die Vertriebenen in Stich gelassen. Sie haben keinen reinen Wein eingeschenkt. Jedoch haben die deutschen Vertriebenen ein Recht auf Gerechtigkeit – und ein Recht auf Wahrheit. Sie müssen darauf beharren, denn Gutta cavat lapidem...

Quelle:

**Sudetenpost –
13.09.2007**

Ab sofort haben wir unseren eigenen Ostpreußen-Kanal!

Ostpreußen-TV ist ein Projekt
Um eine möglichst breite Palette
abdecken zu können, sind wir auf
Wer die Möglichkeit hat, mit einer
Ereignisse,
oder spannende Vorträge zu



von Ostpreußen für Ostpreußen.
an Themen und Veranstaltungen
Ihre Unterstützung angewiesen.
Videokamera aktuelle
interessante Veranstaltungen
unserem

Themenbereich aufzunehmen, sende bitte das Filmmaterial
per CD / DVD an die folgende Anschrift:

Ostpreußischer Rundfunk
- Studio Düsseldorf -
Landsmannschaft Ostpreußen,
Landesgruppe NRW e. V.
Werstener Dorfstraße 187
40591 Düsseldorf

**Ostpreußen-TV finden Sie im
Netz unter folgenden Adressen:**

www.Ostpreussen-NRW.de/TV
www.Ostdeutsches-Forum.net/TV
www.Kreis-Johannisburg.de/TV

Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

40591 Düsseldorf, Werstener Dorfstr. 187, Telefon: 0211 - 395763, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



An die Vorsitzenden der Orts- und Kreisgruppen,
Mitglieder des erweiterten Landesvorstandes

Einladung zur Landes-Kultur- und Frauentagung

Haus Union, Schenkendorfstr, Oberhausen

am 23. 10. 2010

Beginn: 10.00 Uhr

Programm

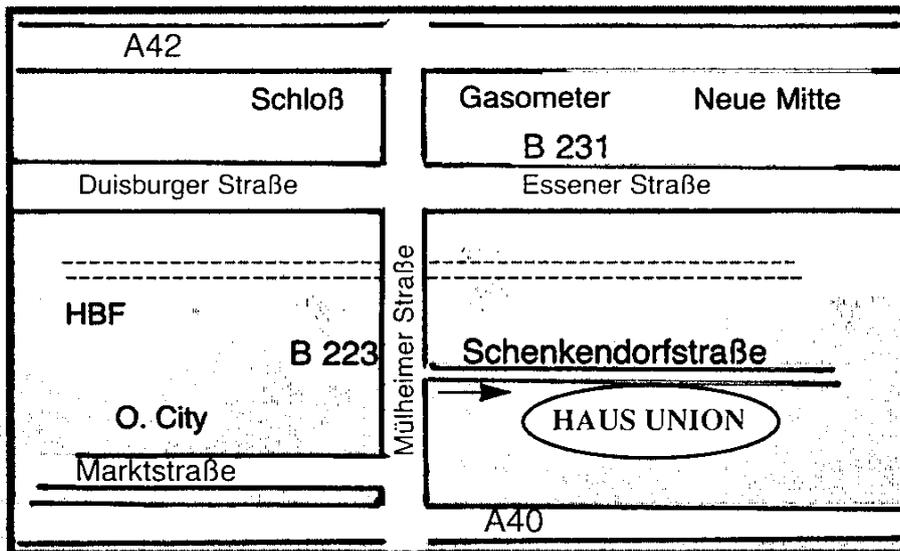
10.00 Uhr	Beginn Eröffnung und Begrüßung, Annahme der Tagesordnung Begrüßung durch den Kreisverband Oberhausen Totenehrung Ehrungen	J. Zauner A. Nehrenheim J. Zauner
10.30 Uhr	Die Eingliederung der Vertriebenen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und die Rolle des BdV	Priv. Doz. Dr. phil. Matthias Stickler Elli Weber
11.40 Uhr	Aufmunterung	
12.00 Uhr	Mittagessen	
13.00 Uhr	Lastenausgleich	W. Kreuer
14.00 Uhr	Aufmunterung /Kaffeepause	Elli Weber
14.30 Uhr	Die Geschichte der Rußlanddeutschen (mit Disk.)	A. Gossen-Giesbrecht
15.30 Uhr	Schlussworte und Ostpreußenlied	A. Schumacher

Alle Vorträge mit Diskussion
Änderungen vorbehalten

(Programmänderungen vorbehalten.)

Anreise mit dem Auto: *Straßenkarte.*

Anreise mit der Bahn: *Mit der Straßenbahn vom Bahnhof in Richtung Sterkrade bis Station „Feuerwache“ von dort 2 Minuten Fußweg.*



Bitte entrichten Sie
– wie immer – am
Eingang zum
Tagungsraum Ihre
Tagungsgebühren in Höhe
von €15,00/Person

Aussprüche über die Deutschen

Hebbel schrieb 1860:

Es ist möglich, dass der Deutsche einmal von der Weltbühne verschwindet, denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben – aber keine einzige, sich auf der Erde zu behaupten, und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten. Wenn es ihnen aber gelingen sollte, ihn zu verdrängen, wird ein Zustand eintreten, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln aus dem Grabe kratzen möchten.

Madame de Stael, 1766 – 1817, lebte teilweise in Deutschland. Sie ist die Tochter des Finanzministers Necker unter Ludwig XVI:

Wenn den Deutschen noch so großes Unrecht angetan wird, findet sich immer ein obscurer deutscher Professor, der solange an der Objektivität herumbastelt, bis er „bewiesen“ hat, dass die Deutschen Unrecht getan haben.

Napoleon über die Deutschen:

Seine Proklamation an die Völker Europas, die Josef Görres 1814 ihn aussprechen lässt:

Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche ... Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde.

Thomas Mann, 1919:

In seinem Buch „Betrachtungen eines Unpolitischen“:

Die Tatsache besteht, dass die deutsche Selbstkritik bössartiger, radikaler, gehässiger ist als die jeden anderen Volkes, eine schneidend ungerechte Art der Gerechtigkeit, eine zügellose Herabsetzung des eigenen Landes nebst inbrünstiger kritikloser Verehrung anderer.

H. E. Barnes, amerikanischer Geschichtsphilosoph, 1951: Ich kenne kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, dass ein Volk diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht begangen hat, es sei denn, jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am Zweiten Weltkriege aufzubürden.

Immanuel Kant, 1724 – 1804, über „Wahrheit“:

Es kann sein, daß nicht alles wahr ist, was ein Mensch dafür hält, denn er kann irren. Aber in allem, was er sagt, muß er wahrhaftig sein.